

Die „fatti di Innsbruck“ Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten

Der Nationalismus ist ein europäisches Produkt und fand seinen Höhepunkt im Übergang vom 19. auf das 20. Jahrhundert, um schließlich in zwei katastrophale Weltkriege zu münden. Er war die Folge von und die Antwort auf strukturelle Krisen der frühmodernen westlichen Gesellschaften, die sich in einem „langen Abschied“ seit der Frühen Neuzeit mit tiefgreifenden Transformationsprozessen ihrer Welt- und Wertordnung konfrontiert sahen. Der politische, ökonomische, soziale und kulturelle Modernisierungsprozess führte zur Legitimationskrise der alten Ordnung, zur schrittweisen Delegitimierung des alten Herrschaftssystems. Der Herrschaftslegitimation „von oben“ wurde immer mehr die Legitimation „von unten“ entgegengestellt. Diese Legitimationskrisen konnten weder mit den traditionellen Zwangsmitteln der Gewalt noch mit dem Rückgriff auf bislang bewährte disziplinierende Weltbilder überwunden werden. Der Nationalismus bot eine andere und neue Lösung an, indem er die Legitimationsgrundlagen änderte. Der alten Ordnung, die ihre Legitimations- und Integrationskraft aus dem Prinzip des Gottesgnadentums und damit verbunden der Konfession bezog, stellte der Nationalismus seine neue mobilisierende und integrierende Legitimationsgrundlage entgegen: die souveräne Nation.¹ Der Nationalismus, zugleich Ideologie und soziale Bewegung, war die Antwort auf die Krise der Herrschaftslegitimation.²

Die „fatti di Innsbruck“ können für die Tiroler Nationalisten, aber auch für den Nationalismus in der Habsburgermonarchie im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert als paradigmatisches Ereignis angesehen werden, das in der Zusammenschau seiner Vor- und seiner Folgegeschichte eine ganze Reihe von Strukturelementen aufweist, in denen sich die Entwicklung des Nationalismus als Ideologie und sozialer Bewegung im deutsch-italienischen Verhältnis der Gefürsteten Grafschaft Tirol zwischen 1848 und 1918 widerspiegelt. Die Ereignisse rund um die fatti di Innsbruck sind aber auch aufschlussreich für die Analyse der Entwicklung des Parteiensystems im alten Tirol und deren Verhältnis zum sich ausbreitenden Nationalismus. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die fatti di Innsbruck den Höhepunkt der Mobilisierung der Italiener für eine italienische Universität in Österreich darstellten und dass die Universitätsfrage die einzige Frage war, die zu einem Schulterschluss zwischen allen italienischen Parteien führte, insbesondere zwischen den beiden größten und ideologisch am meisten polarisierten, nämlich den Popolari unter der Führung von Alcide De Gasperi (1881–1954)³ und den Sozialisten unter Führung von Cesare Battisti (1875–1916)⁴. Trotz der inhaltlichen Gemeinsamkeit im Kampf um eine italienische Universität führte

¹ WEHLER 2001, 7–13.

² RIESCHER 1998, 410.

³ Siehe POMBENI 2007.

⁴ Siehe GATTERER 1967 und CATTARUZZA 2011.

dies bei den italienischen Parteien Tirols nicht zu einem alles überdeckenden Primat des Nationalen als einer Art *cross cleavage*. Die ideologisch geprägten und dadurch tiefgreifenden Interessensunterschiede und Interessenskonflikte blieben – ganz im Gegensatz zu den deutschsprachigen Parteien Tirols (mit Ausnahme der Sozialdemokraten), die nach den fatti di Innsbruck einen organisatorischen Schulterchluss vollzogen und das Primat des Nationalen über ideologische Gegensätze und Interessenskonflikte stellten. Unter diesen Aspekten können die fatti di Innsbruck für die Deutschtiroler Parteien als der definitive Durchbruch der nationalen „Gemeinschaftsideologie“ angesehen werden.⁵

Das „Staatsgrundgesetz“ von 1867 und das Recht auf Bildung

Die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen in der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts, die schon unter Joseph II. im ausgehenden 18. Jahrhundert eingeleitet worden war, hatte eine Reihe von Auswirkungen auf das Leben der Bürger. Die Zentralisierungstendenzen Wiens berührten Fragen des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen den Provinzen und dem Staat und gingen gemeinsam mit Tendenzen der sprachlichen Unifizierung einher. In Reaktion darauf kam die Frage der Autonomie der einzelnen „Volksstämme“ auf. Wenn in der Vergangenheit der Aufstieg im Staatsapparat für die Mitglieder der nicht dominierenden Nationen vielfach mit dem Zwang zur Assimilierung verbunden war – als Paradebeispiel sei etwa auf den Trentiner Kronjuristen unter vier österreichischen Kaisern und Vater des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches Karl Anton von Martini (1723–1800)⁶ verwiesen –, so änderte sich dies zu jenem Zeitpunkt, als das Bildungsbürgertum einer Nationalität zum Träger der Identität wurde. Dies galt in erster Linie für das Erwachen der „geschichtslosen Nationen“,⁷ während die historischen Nationen bereits eine privilegierte Position einnahmen, wie dies etwa für die Italiener der Monarchie der Fall war. Die Bürokratisierung eröffnete Arbeitschancen nicht nur im Staatsapparat, sondern vor allem in den aufstrebenden Sektoren der Kommunikation wie dem Post- und Eisenbahnwesen, in der Landes- und Gemeindeverwaltung oder im Bereich der privaten Dienstleistungen wie in Anwaltskanzleien, Fabriken, Versicherungen oder Handelsfirmen. Im Zuge dieses Modernisierungsprozesses stieg auch in der Habsburgermonarchie die Nachfrage nach Personen mit höherer Bildung, was zu einem neuen Anstieg von höheren Schulen, namentlich Gymnasien und Universitäten führte.

Nach einer Reihe von konstitutionellen Vorläufern, vor allem aber von militärischen und politischen Niederlagen Österreichs war die absolut regierte österreichische Monarchie 1867 endgültig gezwungen, eine Verfassung zu verabschieden: das „Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ vom 21. Dezember 1867 (R.G.Bl. 142/1867). Die neue Verfassung barg für die weitere Entwicklung der Monarchie im Allgemeinen und für die Beziehungen zwischen den Nationalitäten sowie deren Verhältnis zum Zentralstaat im Be-

⁵ Zum Folgenden siehe ausführlicher PALLAVER 2010; allgemein auch GROTE 2012.

⁶ Siehe BARTA / PALLAVER 2007.

⁷ Nach BAUER 1907; siehe auch HROCH 2003.

sonderen eine nachhaltige politische Sprengkraft. Das Staatsgrundgesetz garantierte eine Reihe von klassischen Grund- und Bürgerrechten, sanktionierte das Prinzip der Gleichheit und führte erste Formen der politischen Partizipation ein. Das Prinzip der politischen Gleichheit bezog sich laut Staatsgrundgesetz aber nicht nur auf die Bürger, sondern auch auf die einzelnen Nationen („Volksstämme“) und auf die Beziehungen zwischen diesen. Artikel 19 legte nämlich Folgendes fest: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.“

Das Staatsgrundgesetz des zisleithanischen Österreich garantierte somit allen „Volksstämmen“ gleiche Rechte. Dieses formale Recht wurde durch die Verpflichtung des Staates ergänzt, nichts zu unternehmen, was die Wahrung und Pflege der jeweiligen Nationalität sowie deren Sprache beeinträchtigen könnte, aber auch alles zu unternehmen, was die Förderung der Nationalität und deren Sprache betrifft. Solche positiven Maßnahmen betrafen vor allem die im Artikel zitierten öffentlichen Schulen und Ämter. Der dritte Punkt, der vor allem in den verschiedenen Randgebieten der Monarchie die Nationalitätenkämpfe schüren würde, betraf die zwei- und mehrsprachigen Gebiete der Monarchie. Keine Nationalität sollte in solchen Gebieten diskriminiert, keine Nationalität privilegiert werden. Das Staatsgrundgesetz ließ an seiner Grundausrichtung und an dem Geist, in dem es abgefasst worden war, keine Zweifel aufkommen. Unter den Nationalitäten herrschte das Prinzip der Gleichheit und der Gleichberechtigung.⁸

Die aufstrebenden bürgerlichen Schichten des 19. Jahrhunderts forderten unter anderem den Zugang zu besseren Bildungschancen. Das Ideal, über Bildung die Emanzipation der jeweils eigenen Klasse voranzutreiben, fand sich mit unterschiedlichen Zielvorstellungen in vielen politischen Strömungen, unter den bürgerlichen Parteien nicht weniger als unter den sozialistischen Bewegungen. Der Modernisierungsschub in der Wirtschaft verlangte immer mehr gut ausgebildetes Personal. Wo diese Opportunitäten bestanden, gelang es den einzelnen Nationen immer mehr, sich in den Staat zu integrieren und diesen letztlich (allerdings zusammen mit anderen Nationalitäten) zu erobern. Bildung wurde aber nicht nur für das einzelne Individuum reklamiert, sondern auch für die jeweilige Nationalität. Immer wieder finden wir Hinweise von italienischen politischen Akteuren, die das Recht auf Bildung für die eigene Nationalität einforderten, um die im Staatsgrundgesetz vorgesehene „Wahrung und Pflege der [...] Nationalität und Sprache“ garantieren zu können. Von diesen Ansprüchen ausgehend, verlangte das Grundrecht auf Bildung einen vollständig ausgebauten Bildungsweg – von der Grundschule bis zur Universität. In diesem Sinne hatte das Staatsgrundgesetz das verfassungsrechtlich verankerte Grundrecht auf Wahrung und Pflege der Kultur für die jeweiligen Nationalitäten festgeschrieben. Wollte man diesem Anspruch gerecht werden, musste man folgerichtig davon ausgehen, dass gerade die höchste Bildungseinrichtung in der Sprache der entsprechenden Nationalität ausgestaltet zu

⁸ Zu Fragen der Hochschulen und Politik in der österreichischen Monarchie siehe KANN 1974.

sein hatte. Eines der Argumente dafür war, dass die nationale Kultur nur im nationalen Milieu vermittelt werden könne.

Die Frage, ob die jeweiligen Nationalitäten aus dem Staatsgrundgesetz einen Rechtsanspruch auf ein vollständiges Schulwesen einfordern konnten, war insofern obsolet, als eine solche Einrichtung nicht ausgeschlossen war und es somit von der Politik und nicht vom Recht abhing, in welchen Landesteilen der Monarchie eine Universität errichtet wurde. Nicht das Recht, sondern die Politik versagte, weil sich die dominanten Nationalitäten in Österreich nicht durchringen konnten, den Italienern eine eigene Universität zuzugestehen. Für die Italiener galt dies als ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Nationalitäten. Einer Nationalität mit immensem kulturellem Potential und hohem Sozialprestige wurde die höchste Bildungseinrichtung verweigert.

Der Kampf um eine italienische Universität

Die Italiener der Monarchie hatten immer wieder eine akademische Ausbildungsstätte für die eigene Nation gefordert,⁹ erstmals bereits 1848 in einem im Wiener Reichsrat eingebrachten Memorandum, als eine italienische Universität in Triest für das adriatische Küstenland Österreichs reklamiert wurde.¹⁰ Immerhin konnten die Italiener bis 1859 noch an zwei muttersprachlichen Universitäten studieren, an der Universität Pavia in der Lombardei und an der Universität Padua in Venetien. Zwischen 1859 und 1866 stand ihnen dann nur mehr Padua zur Verfügung. Ab dieser Zeit verstärkten sich die Forderungen nach einer eigenen Hochschuleinrichtung. Mit dem Verlust der beiden Universitätsterritorien mussten Trentiner und Triestiner auf deutschsprachige Universitäten der Monarchie ausweichen. Man fand sie denn auch in Innsbruck und Wien, in Graz und in Prag. Aber ein Studium in ihrer Muttersprache, das als Voraussetzung für die Wahrung und Pflege ihrer Kultur und Identität angesehen wurde, konnten sie nicht absolvieren. Wollten sie eine akademische Ausbildung in ihrer Muttersprache, mussten sie an einer Universität im Königreich Italien inskribieren und ihren dort erworbenen akademischen Titel anschließend in Österreich nostrifizieren lassen.

Der „Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“ war bei den Italienern in Trient und Triest in erster Linie ein Kampf um die italienische Universität.¹¹ Die Italiener der Monarchie gehörten zu den „historischen Nationen“ und wussten, dass sie auf eine mit hohem Prestige ausgestattete Kultur zurückgreifen konnten. Italienisch hatte neben dem Deutschen innerhalb der Monarchie sogar eine für die Wirtschaft und Kultur nationalitätenübergreifende Funktion, auch wenn die Italiener in der Monarchie zu den zahlenmäßig kleinen Nationen zählten. Neben der deutschen Sprache als militärische *koinè* in der österreichischen Armee war Italienisch die offizielle Sprache der österreichisch-ungarischen Kriegs- und Handelsmarine. Sie war die Geschäftssprache in Triest als dem zentralen Hafen der Monarchie sowie im gesamten adriatischen Raum. Die italienische Sprache, der sich die Angehörigen der anderen österreichischen Nationen bei der Marine und beim Seehandel anpassen mussten, sollte in einer italienischen Universität ihre kulturelle Krönung

⁹ Zur Geschichte vgl. SCHUSSER 1972.

¹⁰ GATTERER 1972, 77.

¹¹ KOSTNER 1970, SCHUSSER 1972, VINCI 1997, RICCADONNA 1999 u. a.

erhalten.¹² Stattdessen wurde die italienische Nation gedemütigt, da sie selbst von den geschichtslosen Nationen überholt wurde. Nach und nach erhielten diese eigene Universitäten, wie die Kroaten und Polen. Die anderen historischen Nationen konnten auf ihren altherwürdigen, prestigeträchtigen Universitäten aufbauen. Die Italiener befanden sich stattdessen auf derselben Ebene wie die Rumänen, Ruthenen und Slowenen, die sich ebenfalls mit Parallelkursen in ihren Landessprachen zufriedengeben mussten. Der kulturelle Stolz, der durch das Risorgimento auch die Italiener der Monarchie erfasst hatte, wurde schließlich durch das Prestigebedürfnis der Hafenstadt Triest ergänzt. Weder die Italiener innerhalb der Monarchie noch die kosmopolitische Stadt Triest wurden in ihrem Bedürfnis nach politisch-kultureller Anerkennung, nach Reverenz und Prestige befriedigt.

Die Regierung in Wien kam den Forderungen der Italiener nur kleinweise nach. In Innsbruck wurden 1864 rechtswissenschaftliche Parallelkurse eingerichtet, 1899 folgte die Medizin. Vereinzelt Parallelkurse gab es auch für die Philosophie. In Graz kam es zur Bildung einer italienischen Examenkommission. 1871 hatte das Wiener Parlament auf der Grundlage einer Petition die Regierung aufgefordert, die Möglichkeiten zur Errichtung einer italienischen Universität eventuell im adriatischen Küstenland oder im Trentino zu prüfen. 1885 und 1888 wurde diese Forderung wiederholt. 1891 wurde der Vorschlag angenommen, im Haushalt für 1892 ein Budget für eine italienische Universitätsgründung vorzusehen, wobei 1896 im Parlament noch immer auf die Verwirklichung dieser Forderung gedrängt werden musste. Neben den parlamentarischen Initiativen gab es in dieser Frage bis 1914 immer wieder Petitionen der italienischen Gemeinden und Landtage. Aber auch die direkt betroffenen Studenten organisierten sich in verschiedenen studentischen Organisationen und vernetzten sich über das gesamte Staatsgebiet. Als besonders effizient sollte sich die 1894 gegründete Società degli studenti trentini erweisen. Zu den wichtigsten Persönlichkeiten dieser Vereinigung zählte der Führer der Trentiner Sozialisten Cesare Battisti.

Österreich blieb in dieser Hinsicht immer halbherzig. Die Forderung nach einer eigenen italienischen Universität blieb unerfüllt. Italienische Parallelkurse konnten dieses Manko nicht aufwiegen. Die Forderung nach „Trieste o nulla“ kann auch im Sinne des Staatsgrundgesetzes gelesen werden. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts beschlossen die italienischen Studenten, sich so zahlreich wie nur möglich in Innsbruck zu inskribieren und die italienischen Parallelkurse zu überfüllen. Dadurch wollte man die Utraquisierung der Innsbrucker Universität erreichen. Mit der ausgegebenen Parole „tutti a Innsbruck“ verfolgten die Studenten das Ziel, den Widerstand Innsbrucks zu provozieren, sodass die italienische Halbuniversität von Innsbruck nach Triest verlegt würde, um dort zur Volluniversität ausgebaut zu werden.¹³

In den Jahren 1900 und 1901 war es bei einer Habilitation und bei den Eröffnungsvorlesungen italienischer Professoren an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu Unruhen gekommen, auch während des akademischen Jahres hielten die nationalen Auseinandersetzungen an. 1902 nahmen die gewaltsamen Unruhen zwischen deutschnationalen Studentenkorporationen und italienischen Hörern zu. Schlägereien waren an der Tagesordnung. Der Spazierstock diente als Waffe.¹⁴ 1903 hatte die italienische Studentenschaft auf

¹² GATTERER 1972, 79.

¹³ PLATTNER 2010, 72.

¹⁴ GEHLER 2010, 24.

Initiative der Società degli studenti trentini provokativ die „Libera Università di Innsbruck“ ins Leben gerufen, wo bekannte Persönlichkeiten aus Italien einen Vortragszyklus halten sollten. Dazu kam es wegen des massiven Protests der Deutschnationalen allerdings nicht. Angesichts der ständig anwachsenden nationalen Auseinandersetzungen nahm in jenem Jahr die Innsbrucker Bürgerschaft zu den Ereignissen an der Universität Stellung. Dabei wurde den Vorstellungen der Regierung, die italienischen Parallelkurse von der Universität abzutrennen und eine italienische Rechtsfakultät einzurichten, entschieden widersprochen. In einer Resolution erklärte die deutsche Bürgerschaft, die italienischen Parallelkurse würden die „deutsche Hochschule in der Erfüllung ihrer hohen Aufgaben hemmen, ihren inneren Frieden fortdauernd stören und ihren deutschen Charakter immer gefährlicher bedrohen“.¹⁵ Auch der Statthalter warnte vor der Errichtung einer selbständigen rechtswissenschaftlichen Fakultät für die Italiener, weil Innsbruck ein „politisch heisses [sic] Pflaster“ sei,¹⁶ forderte aber die Regierung in Wien mit Insistenz auf, die Universitätsfrage endlich zu lösen. Aber anstatt die Universitätsfrage zu klären, begnügte sich die Regierung in Wien mit transitorischen Lösungen, die der Kontroverse kein Ende setzten, sondern diese noch aufheizten und letztlich in den fatti di Innsbruck mündeten.

Nach dem Scheitern der Errichtung einer eigenen italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck dachte die Regierung ernsthaft über eine Verlegung der italienischen Parallelkurse nach Wien nach. Die Idee, eine italienische Rechtsfakultät in Rovereto zu eröffnen, war am Widerstand des dortigen Gemeinderates gescheitert.¹⁷ Da es in dieser Frage nicht weiterging, besetzten italienische Studenten im November 1908 aus Protest das Universitätsgebäude in Wien. Dank des Angriffs deutschnationaler Studenten und des rüden Umgangs der Wiener Gendarmen erreichten die italienischen Studenten genau das, was sie angestrebt hatten, nämlich internationale Aufmerksamkeit.¹⁸ Drei Jahre später, im November 1911, wurde die Universitätsfrage wieder im Parlament diskutiert, nachdem Kaiser Franz Joseph in der Thronrede die neuerliche Vorlage eines Gesetzes zur Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät angekündigt hatte. Im Rahmen des Dreibundes verpflichtete sich Wien schließlich im Jahre 1912 gegenüber Italien, die italienische Universität in Triest zu errichten. 1913 beschloss der Budgetausschuss des Wiener Parlaments die Verlegung der italienischen Rechtsfakultät nach Triest. Der Lehrbetrieb sollte mit Wintersemester 1915/16 beginnen. Selbst nach Kriegsbeginn versprach Unterrichtsminister Max Hussarek von Henlein in Verhandlungen mit Italien, zwar nicht in Triest, aber in Wien eine italienische Rechtsfakultät zu errichten.¹⁹ Aber nicht erst der Kriegseintritt Italiens führte zum definitiven Scheitern des Universitätsprojekts für die Italiener der Monarchie. Die Negierung des Anspruchs auf eine eigene italienische Universität hatte den Nationalismus und Irredentismus der italienischen Intellektuellen zur Klaviatur werden lassen, auf der die Melodien der Nachtigall des Nationalismus (Salvemini) wirkungsvoll gespielt wurden.

¹⁵ Innsbrucker Nachrichten, 18. April 1903, zit. n. PLATTNER 2010, 73.

¹⁶ Innsbrucker Nachrichten, 18. April 1903, zit. n. PLATTNER 2010, 73.

¹⁷ CALI 2010, 154.

¹⁸ CALI 1990, 167.

¹⁹ GATTERER 1972, 77.

Die „fatti di Innsbruck“

Im März 1904 sprach sich der Rektor der Innsbrucker Universität für eine räumliche Trennung der italienischen Rechtsfakultät aus. Daraufhin erwarb die Statthalterei in der Liebeneggstraße ein Haus, um dort die italienische Fakultät unterzubringen. Die Hoffnungen des Rektors und des Statthalters, mit dieser Lösung weitere Unruhen und nationale Auseinandersetzungen zu vermeiden, wurden allerdings enttäuscht. Ende Oktober gingen deutschnationale und italienische Studenten aufeinander los. Das großdeutsch orientierte „Tiroler Tagblatt“ begann gegen die Italiener zu hetzen, attackierte die Regierung in Wien, die Universitätsführung und den Statthalter. Vehement protestierte das Presseorgan des Innsbrucker Vizebürgermeisters und Obmanns der Deutschen Volkspartei, Eduard Erlner, gegen die neue italienische Fakultät. Diese sollte am 3. November feierlich eröffnet werden. Zur Teilnahme riefen Studentenvereine, Parteien und Medien auf; im Trentino und in Italien wurde Geld gesammelt, um auch mittellosen Studierenden eine Reise nach Innsbruck zu ermöglichen. Aus allen Ecken der Monarchie reisten die Italiener nach Innsbruck. Sie kamen aus Wien, Graz und Prag, Lemberg, Rovigno, Zara, Triest und Spalato, vor allem aber aus dem Trentino. Unter ihnen befanden sich auch der spätere Reichsrats- und Tiroler Landtagsabgeordnete sowie italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi (1881–1954) und der Führer der Sozialisten Cesare Battisti (1875–1916), der später ebenfalls Mitglied des Reichsrats und des Tiroler Landtages wurde. Seine Zeitung „Il Popolo“ stand im Kampf um eine italienische Universität an vorderster Front.²⁰ Am 3. November trafen sich rund 200 italienische Studenten zur Antrittsvorlesung in der Liebeneggstraße. Die Behörden hatten weit mehr erwartet. Die Feierlichkeiten verliefen auch relativ ruhig. Weniger ruhig verlief indes der Abend. Die italienischen Studenten versammelten sich im Gasthof „Weißes Kreuz“ in der Innsbrucker Altstadt. Während die italienischen Professoren und Abgeordneten die abendliche Feier gegen 22 Uhr verließen, nahm die nationale Stimmung im Gasthaus zu, die durch patriotische Sprüche und Slogans noch gesteigert wurde. Als Reaktion darauf versammelten sich vor dem „Weißen Kreuz“ immer mehr Bürger und deutschnationale Studenten, die die Verhaftung der Italiener forderten und im Chor „Burschen heraus!“ riefen. Die Situation eskalierte. Die Italiener konnten das Gasthaus nicht mehr verlassen und verbarrikadierten sich. Die Schwemme des „Weißen Kreuzes“ wurde zerstört, es fielen Schüsse, auf beiden Seiten gab es Verletzte. Der Polizei gelang es nicht mehr, die Streitparteien auseinanderzuhalten, sodass überlegt wurde, den Einsatz des Militärs anzufordern. Innsbrucks Bürgermeister Wilhelm Greil, der nach Mitternacht am Ort des Geschehens eintraf, lehnte dies ab. Aber angesichts der explosiven Situation beschloss der Statthaltereirat unter der Leitung von Statthalter Erwin Frh. v. Schwarzenau den Einsatz des Militärs. Es wurde eine Assistenzabteilung des 1. Regiments der Tiroler Kaiserjäger mit dem Ziel in die Altstadt abkommandiert, diese von der aufgeheizten Menschenmenge zu räumen. Als es Widerstand gab, ging das Militär mit gefälltem Bajonett vor. Dabei wurde der Kunstmaler August Pezzey, der sich unter den Demonstranten befand, durch einen Bajonettstich getötet. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass der Kaiserjäger, der den tödlichen Bajonettstoß

²⁰ GEHLER 2010, 25.

verpasst hatte, ein Trentiner war, Pezzey ein Ladiner.²¹ Erst gegen drei Uhr morgens war es möglich, die italienischen Studenten unter Begleitschutz ins Rathaus zu bringen, wobei eine größere Anzahl, insgesamt 138, verhaftet wurde, darunter Alcide De Gasperi und Cesare Battisti. Der christlichsoziale Politiker De Gasperi wurde allerdings schon bald wieder aus der Haft entlassen, während der Sozialist Battisti weit länger im Arrest blieb, nämlich fast einen Monat lang bis zum 30. November.²²

Die nächtlichen Ausschreitungen vom 3. auf den 4. November sowie die Zusammenstöße zwischen deutschnationalen Studenten, aufgebrachter Bürgerschaft, Italienern und Militär bildeten den Prolog für die Zerstörung der erst am Tag zuvor eröffneten italienischen Rechtsfakultät in der Liebeneggstraße. In einer ersten Welle wurden in der Früh die Fensterscheiben eingeschlagen, in einer zweiten Aktion am Nachmittag die Inneneinrichtung zerstört. Der Polizeieinsatz kam zu spät. Es blieb nicht bei der Rechtsfakultät. Im Laufe des 4. November kam es zu weiteren Exzessen und Übergriffen gegen die in der Stadt lebenden Italiener, gegen deren Geschäfte und Gasthäuser sowie gegen den Italienern freundlich gesinnte Bewohner Innsbrucks. Fensterscheiben der Hofburg wurden aus Protest gegen den Statthalter eingeschlagen. Auch andere Gebäude, die mit Italienern in Verbindung gebracht wurden oder in denen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wohnten, denen man Sympathien für die Italiener unterstellte, wurden beschädigt, wie etwa das Palais des katholisch-konservativen Grafen Trapp in der Innsbrucker Innenstadt. En passant wurde auch das Geschäftslokal des Arbeiter-Konsumvereins beschädigt. Am späteren Nachmittag verbreitete sich das Gerücht über die Ankunft von hundert italienischen Studenten aus Trient, worauf sich eine beträchtliche Anzahl von Personen am Bahnhof traf, um die „Welschen“ entsprechend zu empfangen. Als sich die Nachricht als Gerücht entpuppte, wandte man sich gegen das gegenüber dem Bahnhof befindliche Hotel Europa, in dem die italienischen Landtagsabgeordneten abgestiegen waren. Noch bevor das Hotel gestürmt werden konnte, hatte der Statthalter zur Absicherung des Hauses und der Abgeordneten eine Patrouille entsandt. Am Abend entlud sich die Aggression der Deutschnationalen nochmals gegen den Statthalter, dem die Fenster seiner Wohnung in der Hofburg zerstört wurden. Am 5. November versammelte sich eine Menschenmenge vor dem Gefängnis, in dem die Italiener einsaßen. Über dem Eingangstor wurde ein Schild mit der Beschriftung „Italienische Rechts Fakultät“ angebracht. Am 6. November fand das Begräbnis von August Pezzey statt. Das Begräbnis geriet zu einer Großveranstaltung mit rund 30.000 Teilnehmern und zu einer mächtigen Demonstration des Deutschtums. Pezzey erhielt ein Ehrengrab der Stadt Innsbruck und wurde zum nationalen Helden hochstilisiert. Bürgermeister Greil hielt die Grabrede, bei der er unter anderem ausführte: „Im Kampf gegen freche welsche Gewalttaten hast du dein Leben ausgehaucht als Märtyrer für die deutsche Sache.“²³ Das Begräbnis bildete eine Art Abschluss der nationalen Wallungen, wengleich die österreichischen Medien noch wochenlang über die Innsbrucker Ereignisse berichteten. Aber nicht nur sie schrieben darüber ausführlich, sondern auch die internationale Presse und ganz besonders jene im Königreich Italien, die

²¹ LORENZONI 1924 und GEHLER 2010, 22–33.

²² RICCADONNA 2010, 203.

²³ Innsbrucker Nachrichten, 8. November 1904, zit. n. PLATTNER 2010, 50.

die Frage der italienischen Universität bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges publizistisch begleitete.²⁴

Tirols Parteien und die Frage nach dem Primat des Nationalen

Die Entwicklung der modernen Tiroler Parteien sowie des Tiroler Parteiensystems in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führt zur Frage nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Parteien entstehen. Parteien sind die zentralen Akteure in repräsentativen Demokratien, sie üben eine Reihe von Funktionen aus, die gebündelt als Legitimations-, Integrations- und Rekrutierungsfunktionen benannt werden können. Im Besonderen treten Parteien als Mediatoren zwischen den öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft auf, zwischen dem Staat und den Bürgern und organisieren die unterschiedlichen Interessen, die in einer Gesellschaft vorhanden sind. Sie üben eine Gatekeeping-Funktion aus, da die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse durch sie in Nachfragen umgewandelt werden,²⁵ die ihrerseits durch den politischen Prozess artikuliert und in politisch relevante *issues* gegossen werden. Parteien entstehen auf Grund gewisser Rahmenbedingungen, die auch für das historische Tirol, unterschiedlich gewichtet, im Wesentlichen zutreffen.

Die in Tirol im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker fassbaren gesellschaftlichen Konfliktlinien²⁶ hatten dazu geführt, dass sich längs ökonomischer und konfessioneller cleavages liberale, konservativ-katholische und sozialistische Parteien entwickelten. Eng damit verbunden war der Modernisierungsprozess mit einer Reihe von Entwicklungsschüben, der unter anderem für die Entstehung der Arbeiterbewegung verantwortlich zeichnete. Die Änderung institutioneller Rahmenbedingungen, etwa die Ausweitung des Wahlrechts und die darauf beruhende Entwicklung des Wahlsystems, liefern Belege für institutionelle Ursachen bei der Entstehung der Parteien.²⁷ Gesellschaftliche oder parteipolitische Krisen, wie dies für die Konservativen Tirols zutraf, waren Ausgangspunkt für die Entstehung von neuen Parteien. Der Demokratisierungsprozess setzte in Österreich-Ungarn im internationalen Vergleich relativ spät ein.²⁸ Dieser Prozess verlief über die Verankerung von politischen Grundrechten, wozu auch das Recht auf die Bildung von politischen Vereinen gehörte, was die Entstehung von Massenorganisationen ebenso beförderte wie die Schaffung von Öffentlichkeit durch die sich entwickelnde massenmediale Kommunikation bis hin zur schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts zu einem geheimen, direkten und allgemeinen, obzwar nicht gleichen. Eine erste Öffnung zu mehr politischer Partizipation erfolgte 1873 mit der Einführung der direkten Abgeordnetenwahl, wenngleich das Kurienwahlrecht erhalten blieb. Für die Landtagswahlen blieb (nicht nur in Tirol) das 1861 eingeführte Kurienwahlrecht bis 1914 in Kraft, und die Reform in jenem Jahr fügte zu den vier bestehenden Kurien lediglich eine fünfte, allgemeine hinzu. Frauen waren vom Wahlrecht grundsätzlich ausgeschlossen, sieht man von wenigen Ausnahmen im Bereich des Großgrundbesitzes ab.

²⁴ PERRICELLI 2010.

²⁵ EASTON 1965, 88.

²⁶ Allgemein dazu siehe LIPSET / ROKKAN 1967.

²⁷ Siehe PALLAVER 1982.

²⁸ PELINKA / ROSENBERGER 2007, 24.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam etwas Bewegung in die Tiroler Parteienlandschaft, als sich neben den traditionellen Parteien (Konservative, Deutschliberale, Nationalliberale) die ersten modernen Massenparteien entwickelten, nämlich die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten. Die Konservative Partei, lange Jahre die dominante Kraft im Landtag, geriet in den 1880er Jahren in eine Krise. Die anfänglich innerparteiliche Krise trennte die Fraktion der Notablen von den anfänglich sozialreformatorischen, radikalen Exponenten der sogenannten „schärferen Tonart“ rund um den Brixner Theologieprofessor Ämilian Schöpfer. 1895 kam es zum definitiven Bruch im katholischen Lager und zur Gründung der Christlichsozialen Partei, die die Position der alten Konservativen mit Beginn des 20. Jahrhunderts elektoral schrittweise aushöhlte.²⁹ Die Christlichsozialen leiteten einen tiefgreifenden Transformationsprozess des Tiroler Parteiensystems ein. Sie waren neben den Sozialdemokraten die erste Massenpartei und bildeten mit ihren Forderungen nach sozialen Reformen die Antithese zur sozialpolitischen Unbeweglichkeit der konservativen Notablen. Die Etablierung der Christlichsozialen war aber auch eine Reaktion auf das Erstarken der Arbeiterbewegung, außerdem verstanden sie sich als Bollwerk gegen die Autonomiebestrebungen des Trentino. Die Auseinandersetzung innerhalb des katholischen Lagers endete mit dem Sieg der Christlichsozialen über die Konservativen. Als die Sozialdemokratie bei den Reichsratswahlen von 1907 zur stärksten Fraktion im Parlament aufstieg, schlossen sich die Christlichsozialen und Konservativen zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung zusammen, nicht aber in Tirol, wo auch ohne Fusion erfolgreich gegen die Sozialdemokraten angekämpft wurde.³⁰ Dritte Kraft waren in Tirol die Liberalen, die im Zuge des sich ausbreitenden Nationalismus schrittweise ins Lager der Deutschfreiheitlichen wechselten. Trotz immer wiederkehrender Versuche der Einigung blieb dieses politische Lager fragmentiert und isoliert, gemeinsam kämpften die liberalen Parteien aber für die Überwindung des Klerikalismus, die Wahrung „deutscher“ Interessen und gegen das Vordringen der Sozialdemokratie.³¹

Die Arbeiterbewegung war in Tirol infolge der ökonomischen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen sozialen Basis, aber auch der stark eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten immer relativ schwach, sie organisierte sich erst 1890 als Landesorganisation Tirol der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Die SDAP war die einzige Partei des Kronlandes, die bis zum Ersten Weltkrieg nicht nach ethnischen Bruchlinien und Abgrenzungen operierte und sich dem Nationalismus widersetzte, deshalb auch die Autonomiebestrebungen des Trentino mehr oder weniger unterstützte. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde auch die Sozialdemokratie vom Nationalismus überrollt.³²

Auf Grund des ethnischen cleavage gab es zu den deutschen Parteien italienische Pendanten. Die Etablierung der Christlichsozialen zur dominanten politischen Kraft entwickelte sich ähnlich wie im deutschsprachigen Teil Tirols. Die italienischen Klerikalen erhielten von den Trentiner Christlichsozialen, die 1905 unter der Führung von Alcide De Gasperi in Partito Popolare umbenannt wurden, starke Konkurrenz und wurden von diesen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges so gut wie aufgesogen. Verlierer dieses christlichsozia-

²⁹ HOLZER 1991, 40.

³⁰ HOLZER 1991, 42.

³¹ HARTUNG V. HARTUNGEN 2007, 55.

³² HARTUNG V. HARTUNGEN 2007, PALLAVER 1986, OBERKOFER 1979.

len Durchmarsches waren neben den Klerikalen die Nationalliberalen, die von den Deutschtirolern auch die „Italianissimi“ genannt wurden.³³ Die Trentiner Sozialdemokratie wurde erst vier Jahre nach der Entstehung der Tiroler Landesorganisation 1894 in Bozen gegründet, ihr Führer war Cesare Battisti. Die politischen Forderungen der Trentiner Sozialdemokraten deckten sich mit jenen der Deutschtiroler, mit der zusätzlichen Forderung nach einer politischen Autonomie für das Trentino.³⁴

Obleich ein zweisprachiges Kronland, gab es in Tirol so gut wie keine ethnisch umstrittenen Wahlkreise, sieht man von den Sitzen des Großgrundbesitzes ab. Bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1914, basierend auf dem Kurienwahlrecht, erzielten die Christlichsozialen 30 Mandate, die Popolari 21 Mandate (darunter befand sich Alcide De Gasperi), gefolgt von den Deutschnationalen (17), den Konservativen (12), den Nationalliberalen (11) und den Sozialdemokraten (2) (darunter befand sich Cesare Battisti). Virilstimmen gab es vier. Als Besonderheit wies das Tiroler Parteiensystem nicht nur eine christlich-konservative Dominanz auf, sondern auch ein ethnisches cleavage, das zur Bildung von ethnisch deutschen und italienischen Parteien geführt hatte.³⁵

Tabelle 1: Mandatsverteilung im Tiroler Landtag 1901–1914

Parteien	1901	1908	1914
Konservative	23	8	12
Christlichsoziale	10	24	30
Deutschnationale	12	12	17
Nationalliberale	7	6	11
Italienische Klerikale	12	–	–
Partito Popolare	–	14	21
Sozialdemokraten	–	–	2
Virilstimmen	4	4	4

Quelle: HARTUNG V. HARTUNGEN 2007, 51.

Die italienische Universität als politisch transversale Forderung

Die ständige Negierung einer territorialen Autonomie für das Trentino, vor allem aber die ständige Negierung einer italienischen Universität durch den österreichischen Staat sollte zur „Königs-idee der irredentistischen Politik“ werden, wie Silvio Benco im „Il Piccolo di Trieste“ unverblümt schrieb: „Klug eingesetzt, leistete sie alle Dienste. Sie zwang die unerlösten Italiener zur Einheit auf der Grundlage einer bestimmten Plattform, zur heiligen Einheit; sie belebte die Kampfeslust, wenn die Agitation zu erlahmen drohte; sie wurde in jeder misslichen Lage als Retterin hervorgeholt; sie bewies dem Ausland, dass die österreichische Regierung den Italienern missgünstig gesinnt war und sie offensichtlich ungerecht behandelte, sie machte die Italiener der Halbinsel im-

³³ OBERKOFER 1979, 53.

³⁴ OBERKOFER 1979, 56f.

³⁵ HARTUNG V. HARTUNGEN 2007, 51.

mer wieder auf Triest aufmerksam und löste zuweilen auch Explosionen der Empörung aus; die Außenminister waren gezwungen, das Problem zu erörtern und sich derart auch mit der Irredenta insgesamt zu befassen.³⁶ Der Umstand, dass die Universitätsfrage in Trient mit der Autonomiefrage gekoppelt wurde, belegt, wie zentral und vital diese politische Forderung war, dass sie aber auch imstande war, alle anderen Politikfelder anzustecken. Die ständige Verschleppung dieser Frage, das Lavieren der Politik zwischen Ablehnung und partiellen Zugeständnissen hing mit der Angst Wiens zusammen, eine solche Stätte würde den Irredentismus zusätzlich fördern. Auch befürchtete Wien, dass ein Zugeständnis an die Italiener einen Schneeballeffekt hervorrufen könnte und auch andere Volksstämme die Forderung nach einer Universität erheben und mit guten Argumenten untermauern würden. Solche Präzedenzfälle wollte die Regierung vermeiden. In Wirklichkeit war es jedoch gerade diese Politik des Negierens, die der Irredenta immer wieder neuen Stoff gegen den österreichischen „Völkerkerker“ lieferte. Und hatten die Aktivisten in der Universitätsfrage etwa nicht recht? Weshalb sollte Bildung und Kultur eingekerkert sein in italienische Parallelkurse an deutschsprachigen Universitäten, in einzelne Fakultäten, und nicht freigelassen werden in eine italienische Universität? Die Negierung einer akademischen Ausbildungsstätte in italienischer Sprache bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ja sogar darüber hinaus, war kontraproduktiv, weil damit alle irredentistischen Aktivitäten eine „kulturelle“ Legitimation erhielten, die auf dem Staatsgrundgesetz fußte. Die Gründung einer Universität für die Italiener der Monarchie hätte dem Irredentismus sicherlich nicht den politischen Boden entzogen, aber dieser hätte nicht einen politischen Trumpf gehabt, der jederzeit und in Zusammenhang mit jeder anderen politischen und nationalen Forderung aus dem Ärmel gezogen werden konnte. So aber wurde die Universitätsfrage, im Sinne des modernen Marketings gesprochen, zu einer „Marke“ der politischen Auseinandersetzung.

Die Negierung einer italienischen Universität hatte im Zusammenhang mit dem Trentiner Irredentismus aber noch eine zusätzliche, ganz entscheidende Folgewirkung. Die Ereignisse in Innsbruck ließen die Trentiner Sozialisten und deren Führer Cesare Battisti definitiv zu dem Schluss kommen, dass Österreich trotz immer wiederkehrender, aber nur halbherziger verbaler Zusagen nicht bereit sei, den kulturpolitischen Forderungen des Trentino, vor allem in den Fragen der italienischen Universität und der territorialen Autonomie für das Trentino, auch tatsächlich nachzukommen. Wenn es eines Ereignisses bedurft hatte, um die Entscheidung irreversibel zu machen, Österreich den Rücken zu kehren, dann waren dies die fatti di Innsbruck. Ein Jahr später nahm Battisti ganz bewusst am Treffen der sozialistischen Parteien Italiens und Österreich-Ungarns nicht teil, bei dem es um die Förderung des italienischen Schulwesens, eine italienische Universität und um die Autonomie des Trentino ging. Die Zukunft lag für ihn in Italien, nicht mehr in Österreich.³⁷ Die Universitätsfrage war eine der wenigen, in denen die unterschiedlichen politischen Bewegungen der Italiener einen Grundkonsens finden konnten.³⁸ Dies betraf die politische Forderung nach einer rein italienischen Universität wie auch die verschiedenen politischen Strategien, um dieses Ziel zu erreichen, bis hin zur Festlegung des Standortes Triest. In sämtlichen anderen nationalen Fragen waren Popolari, Nationalliberale und Sozialisten alles eher als

³⁶ Zit. n. GATTERER 1972, 83.

³⁷ GATTERER 1968, 163–166.

³⁸ GARBARI 1998, 37.

einer Meinung – man denke etwa an die Diskussion rund um die Autonomie des Trentino –, aber in der Universitätsfrage wurde an einem Strang gezogen. Die Universitätsfrage war die einzige politisch transversale Forderung der Italiener in der österreichischen Monarchie. Dieser Grundkonsens kam auch bei den fatti di Innsbruck zum Ausdruck. Zur Einweihung der neuen italienischen Rechtsfakultät waren alle politischen Fraktionen und Studentenorganisationen gekommen. An jenem Tag ließen sich die Studenten und deren Anführer gemeinsam photographieren. Es dürfte das einzige Photo sein, auf dem die beiden politischen Führer, Alcide De Gasperi für die Popolari und Cesare Battisti für die Sozialisten, gemeinsam abgelichtet sind. Ihre politische Distanz kann der Choreographie der Photographie abgelesen werden: De Gasperi steht ganz rechts von der Studentengruppe, Battisti ganz links.³⁹ Doch sie posieren trotz politischer Distanz gemeinsam und dokumentieren dadurch ihren Grundkonsens in der Frage der italienischen Universität. Sie verstanden sich als eine Schicksalsgemeinschaft. Auch nachdem das Trentino ein Teil Italiens geworden war, trafen sich die Teilnehmer der fatti immer wieder zu Erinnerungsfeiern. Kein Teilnehmer ließ jemals unerwähnt, an den fatti di Innsbruck beteiligt gewesen zu sein. Dessen ungeachtet führte diese „universitäre Schicksalsgemeinschaft“ nicht zur Bildung eines nationalen Blocks der italienischen Parteien des Trentino, wie dies von einigen⁴⁰ mit Nachdruck gefordert wurde.

Für die deutschen Parteien Tirols führten umgekehrt die fatti definitiv zum ideologischen Schulterchluss, zu einer Blockbildung aller rechtskonservativen und deutschnationalen Parteien, der Christlichsozialen, der Konservativen, der Liberalen und der Deutschnationalen. Der aggressive Deutschtöroler Nationalismus, der auch betont antisemitisch war, mündete 1905 in die Gründung des Tiroler Volksbundes, dem alle deutschsprachigen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten beitraten.⁴¹ Im Tiroler Volksbund kamen alle Widersprüche und Gegensätze der Tiroler Politik zum Ausdruck. Im griffigen und zugleich populistischen Slogan „Tirol den Tirolern“ wurde vordergründig die Einheit des Landes gefordert, wozu natürlich auch Welschtirol (oder das Trentino) gehörte. Aber unter „Tirolern“ verstand der Volksbund nur die deutschen und rätoromanischen Bewohner der Gefürsteten Grafschaft. Die Italiener waren davon ausgeschlossen. Das ist aus den Statuten des Vereins leicht deduzierbar, die eine Mitgliedschaft nicht-deutscher Aktivisten untersagten.⁴² Die programmatische Zielsetzung des Volksbundes sah nicht nur die Verteidigung des Deutschtums, sondern auch die Eroberung angeblicher ehemaliger deutscher Gebiete vor, wozu das Trentino gezählt wurde, denn „nur zum kleinsten Teil seien die Bewohner dort Italiener im Rassensinne“.⁴³ Mit gleichen, nur spiegelverkehrten Argumenten forderte Senator Ettore Tolomei das Gebiet bis zur Brennergrenze für Italien. Die Verbindung zwischen dem Tiroler Volksbund und den Parteien trat in der engen personellen Verflechtung zutage. Erster Obmann des Vereins war der Klubobmann der Konservativen, Josef Wackernell, der dem Tiroler Volksbund von 1905 bis 1908 vorstand. Nach seinem Tod übernahm Walther Hörmann aus dem liberal-deutschnationalen Lager die Führung. Die enge überparteiliche Zusammenarbeit unter der

³⁹ Das Photo ist abgedruckt in RICCADONNA 1999, 251.

⁴⁰ Etwa MANFRONI 1908.

⁴¹ THALER 1962 und KUPRIAN 1994.

⁴² PLATTNER 2010, 60.

⁴³ Innsbrucker Nachrichten, 5. Mai 1905, zit. n. PLATTNER 2010, 60.

deutschnationalen Flagge funktionierte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, wie dies anhand der abstrusen Forderungen des Volksbundes beim Sterzinger Volkstag noch im Mai 1918 belegt werden kann.⁴⁴

Der Kampf um eine italienische Universität überlagerte die ideologisch-politischen Gegensätze unter den italienischen Parteien. Trotz der inhaltlichen Gemeinsamkeit führte die Dauermobilisierung für eine italienische Universität aber nicht zum Primat des Nationalen. Die ideologisch geprägten Gegensätze unter den italienischen Parteien Tirols blieben bestehen – ganz im Gegensatz zu den Deutschtiroler Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Die deutschen Parteien Tirols vollzogen trotz ideologischer Gegensätze auf Verbandsebene einen organisatorischen Schulterschluss und erhoben das Nationale zum politischen Primat. Die fatti di Innsbruck führten unter den Deutschtiroler Parteien zum definitiven Durchbruch der nationalen „Gemeinschaftsideologie“. Interessant sind schließlich die Kontinuitäten dieser Logik nationaler Frontstellung. Die „Gemeinschaftsideologie“ der politischen Parteien fand nämlich über das Jahr 1918 hinaus ihre Fortsetzung in Südtirol. Die Forderung nach Autonomie der Südtiroler nach 1918 wurde vom Königreich Italien und vom Trentino abgelehnt, wie bis 1918 die Forderung nach Autonomie der Trentiner durch Österreich und durch die Tiroler abgelehnt worden war. Was aber blieb, das war die ethnische Frontstellung. 1919 schlossen sich im nunmehr von Österreich abgetrennten Südtirol die Deutschfreiheitlichen und die Tiroler Volkspartei, also das bürgerliche Lager, zu einer einzigen politischen Organisation zusammen. Der Zusammenschluss zum Deutschen Verband war nichts anderes als die Neuauflage und Fortsetzung der nationalen Kooperation aller deutschsprachigen Parteien vor 1914. Es änderte sich nur die Strategie. Die ehemalige Strategie des offensiven wurde durch die eines defensiven Nationalismus ersetzt. Auch unter den neuen Rahmenbedingungen schlossen sich die Sozialdemokraten diesem Parteienkartell nicht an. In der Kontinuität der nationalen „Gemeinschaftsideologie“ stand auch die Südtiroler Volkspartei, als sie 1945 als ethnische Sammelpartei gegründet wurde.⁴⁵

Quellen

- BARTA, HEINZ / PALLAVER, GÜNTHER (Hg.) (2007): Karl Anton von Martini. Ein österreichischer Jurist, Rechtslehrer, Justiz- und Bildungsreformer im Dienste des Naturrechts. Wien.
- BAUER, EVA (2008): Krieg in Innsbruck oder Frieden in Triest. Die italienische Studentenbewegung in der Habsburgermonarchie und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien, 1901–1915. Diss., IUE Fiesole.
- BAUER, OTTO (1907): Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien.
- BENVENUTI, SERGIO / HARTUNG V. HARTUNGEN, CHRISTOPH (1998): Ettore Tolomei (1865–1952). Un nazionalista di confine / Die Grenzen des Nationalismus. Trento.
- CALÌ, VINCENZO (Hg.) (1990): Per l'università italiana in Austria. Carteggio trentino 1898–1920. Trento.
- CALÌ, VINCENZO (2010): L'Università della diaspora. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 147–159.
- CATTARUZZA, MARINA (2011): Sozialisten an der Adria. Plurinationale Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie. Berlin (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient; 24).
- EASTON, DAVID (1965): A System of Analysis of Political Life. New York.

⁴⁴ OTHMERDING 1984, 184f.

⁴⁵ Zur Geschichte der Südtiroler Volkspartei siehe PALLAVER 2011.

- GARBARI, MARIA (1998): Il Trentino fra Austria e Italia. Un territorio di confine nell'età dei nazionalismi. In: GARBARI, MARIA / PASSAMANI, BRUNO (Hg.): Simboli e miti nazionali tra '800 e '900. Trento, 16–61.
- GATTERER, CLAUS (1967): Cesare Battisti. Porträt eines „Hochverrätters“. Wien.
- GATTERER, CLAUS (1968): Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien. Wien.
- GATTERER, CLAUS (1972): Erbfeindschaft Italien – Österreich. Wien.
- GEHLER, MICHAEL (2010): Il contesto politico della monarchia asburgica nel 1904. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 13–45.
- GROTE, GEORG (2012): The South Tyrol Question, 1860–2010. From National Rage to Regional State. Oxford u. a.
- HARTUNG V. HARTUNGEN, CHRISTOPH (2007): Das historische Tirol (1900–1914). In: FERRANDI, GIUSEPPE / PALLAVER, GÜNTHER (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. Trento 2007–2009 (Grenzen/Confini; 5, Pubblicazioni del Museo Storico in Trento), Bd. 1 (Politik und Institutionen), 5–85.
- HARTUNG V. HARTUNGEN, CHRISTOPH / PALLAVER, GÜNTHER (Hg.) (1986): Arbeiterbewegung und Sozialismus in Tirol / Movimento operaio e socialismo in Tirolo. Bozen (Bolzano) / Innsbruck.
- HOLZER, ANTON (1991): Die Südtiroler Volkspartei. Thaur.
- HROCH, MIROSLAV (2003): Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen.
- KANN, ROBERT A. (1974): Hochschule und Politik im österreichischen Verfassungsstaat (1867–1918). In: BOTZ, GERHARD (Hg.): Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag. Wien, 507–526.
- KOSTNER, MARIA (1970): Die Geschichte der italienischen Universitätsfrage in der österreichisch-ungarischen Monarchie von 1864 bis 1914. Diss., Univ. Innsbruck.
- KUPRIAN, HERMANN J. W. (1994): Il Trentino e il „Tiroler Volksbund“. In: Archivio trentino di storia contemporanea 3, 43–62.
- LIPSET, SEYMOUR M. / ROKKAN, STEIN (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In: LIPSET, SEYMOUR M. / ROKKAN, STEIN (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. New York, 1–64.
- LORENZONI, GIOVANNI (1924): I fatti di Innsbruck nel XX anniversario. 1904–1924. Trento.
- MANFRONI, MARIO (1908): Il Trentino e i suoi partiti politici 1848–1907. Padova.
- OBERKOFER, GERHARD (1975): Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck. Innsbruck.
- OBERKOFER, GERHARD (1979): Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg. Wien.
- OTHMERDING, HEINZ-RUDOLF (1984): Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute. Diss., Univ. Hamburg.
- PALLAVER, GÜNTHER (1982): Minoranze e nazionalità nelle costituzioni imperiali. In: BERTI, IVANO u. a. (Hg.): Minoranze e istituzioni nell'Impero austroungarico. Pisa (Per una storia del Tirolo contemporaneo; 1), 11–40.
- PALLAVER, GÜNTHER (2007): Martini, ein bürgerlicher Vordenker. In: BARTA / PALLAVER (Hg.), 196–217.
- PALLAVER, GÜNTHER (2010): Dai nazionalismi alla cooperazione europea. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 219–243.
- PALLAVER, GÜNTHER (2011): The Südtiroler Volkspartei. In: ELIAS, ANWEN / TRONCONI, FILIPPO (Hg.): From Protest to Power. Autonomist parties and the challenges of representation. Wien (Studien zur politischen Wirklichkeit; 26), 171–193.
- PALLAVER, GÜNTHER / GEHLER, MICHAEL (Hg.) (2010): Università e nazionalismi. Innsbruck 1904 e l'assalto alla Facoltà di giurisprudenza italiana. Trento (Quaderni di archivio trentino; 25).
- PELINKA, ANTON / ROSENBERGER, SIEGLINDE (2007): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien.
- PERRICELLI, MAGDA (2010): “O Trieste o nulla!” I “fatti di Innsbruck” nella stampa quotidiana del Regno d'Italia. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 161–193.
- PLATTNER, IRMGARD (2010): La città di Innsbruck alla svolta del secolo. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 47–79.
- POMBENI, PAOLO (2007): Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico. Bologna.
- RICCADONNA, GRAZIANO (1999): Il mito dell'Università. Gli studenti trentini e le origini dell'Università di Trento. Trento.
- RICCADONNA, GRAZIANO (2010): Il mito dell'Università. In: PALLAVER / GEHLER (Hg.), 195–217.

-
- RIESCHER, GISELA (1998): Nationalismus. In: NOHLEN, DIETER (Hg.): Politische Begriffe. München (Lexikon der Politik; 7), 410.
- SCHUSSER, ADALBERT (1972): Zur Entwicklung der italienischen Universitätsfrage in Österreich (1861–1918). Untersuchungen über das Verhalten von Regierung und Parlament zur Schaffung einer italienischen Rechtsfakultät. Diss., Univ. Wien.
- THALER, ALOIS (1962): Der Tiroler Volksbund. Wollen und Wirken. Diss., Univ. Innsbruck.
- VINCI, ANNA MARIA (1997): Storia dell'Università di Trieste. Mito, progetti, realtà. Trieste.
- WEHLER, HANS-ULRICH (2001): Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München.